

II-3510 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1720/18

1991-10-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Motter, Dolinschek, Praxmarer
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betrifft Abbruch der Kurse der Arbeitsmarktverwaltung

In den letzten Monaten stellte sich heraus, daß einige Landesarbeitsämter einen Großteil der ihnen zugeteilten Arbeitsmarktförderungsmittel schon im ersten Halbjahr 1991 vergeben haben und bereits laufende bzw. zugesagte Maßnahmen wieder gestrichen werden müssen. Zu diesem Thema gab der Bundesminister für Arbeit und Soziales in einer vom BMAS versendeten Information folgendes bekannt:

"Entgegen anderslautenden Pressemeldungen stelle ich klar:

Eingegangene Verpflichtungen betreffend laufende Maßnahmen (einschließlich der Projekte im Rahmen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik) können selbstverständlich erfüllt werden. Für neue Maßnahmen wird der Spielraum allerdings sehr eng. Dazu werde ich mein Möglichstes tun, erforderliche Restriktionen auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Insbesondere gilt das für Projekte zur Lösung von Betreuungsproblemen berufstätiger Eltern."

Die Anfragesteller wurden jetzt von Betroffenen davon informiert, daß ein dreiteiliger Bürokurs für Frauen mit Schwerpunkt Buchhaltung und Personalverrechnung in Ebensee in Oberösterreich nach dem ersten Teil im Sommer trotz dieser Zusicherung des Bundesministers für Arbeit und Soziales abgebrochen wurde (siehe Beilage); sie stellen daher an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Weshalb wird der in der Beilage näher bezeichnete Kurs von der Arbeitsmarktverwaltung nicht zu Ende geführt?

2. Sind Sie nicht der Meinung, daß es sich gerade bei diesem Kurs um eine "eingegangene Verpflichtung betreffend laufende Maßnahmen" handelt?
3. Halten Sie es für sinnvoll, mehrteilige Kurse in der Mitte abzubrechen, wenn erst nach Beendigung des Kurses mit einer positiven Auswirkung der Weiterbildungsmaßnahme gerechnet werden kann?
4. Weshalb haben die einzelnen Landesarbeitsämter nahezu ihr ganzes Arbeitsmarktförderungs-Budget bereits im ersten Halbjahr 1991 vergeben, sodaß nicht einmal begonnene Kurse beendet werden können?
5. Wie werden Sie eine ähnlich undisziplinierte Vergabe der vorhandenen Mittel im nächsten Jahr unterbinden und für eine gleichmäßige Verteilung auf das gesamte Kalenderjahr sorgen?
6. Werden Sie die Landesarbeitsämter anweisen, auf jeden Fall laufende Kurse wie den Anlaßfall dieser Anfrage weiter zu finanzieren, damit die begonnene Ausbildung nicht sinnlos ist? Wenn nein, warum nicht?

Lehrkräfte des AMFG-Kurses
"Bürokurs für Frauen mit Schwerpunkt
Buchhaltung und Personalverrechnung"
Alte-Traunstraße 62 a
4802 Ebensee

Ebensee, 2. August 1991

Frauenreferat d. FPÖ
Reichsratsstr. 2/Tor 3
1010 Wien

Sozialpolitische Maßnahme

Die Unterzeichneten stellen zu o. a. Kurs eindeutig und unmißverständlich fest:

Vom 10. März 1991 bis 12. Juli 1991 fand in Ebensee ein Bürokurs für Frauen statt, welcher über Mittel der AMF finanziert wurde. Gedacht war dieser Kurs für arbeitslose Frauen bzw. Wiedereinsteigerinnen ins Berufsleben. Dieser Bürokurs sollte als erster Teil eines dreiteiligen Projektes stattfinden. Folgen sollten demnach vom 9. September 1991 bis 13. März 1992 ein Buchhalterkurs, bzw. vom 16. März 1992 bis 17. Juli 1992 ein Personalverrechnerkurs, jeweils mit kommissioneller Abschlußprüfung. Eine Ausbildung in diese Richtung wurde deshalb forciert, da in unserer Region gerade diese Berufssparten gesucht werden, jedoch nach Aussage von Frau Mansueta Maxwald (Arbeitsamt Gmunden) nicht vermittelt werden können.

Es wird festgehalten, daß fast alle Lehrkräfte in berufsbildenden Schulen unterrichten. Somit nicht nur mit pädagogischer, sondern auch mit entsprechender fachlicher Ausbildung. Somit steht eindeutig fest, daß die Anforderungen der Wirtschaft von eben diesen Lehrkräften sehr genau beurteilt werden können, da eine Tätigkeit in der Wirtschaft eben Anstellungserfordernis für diese Lehrer war und ist. Daher wurde auch auf ein sehr hohes Leistungsniveau geachtet, welches die Kursteilnehmerinnen in sehr engagierter Weise auch erfüllten. Dies kann durch schriftliche Überprüfungen, die auch entsprechend beurteilt wurden, jederzeit belegt werden. Dies soll deshalb hervorgehoben werden, um dem eher negativen Image von AMF-Kursen zu widersprechen. Ebenso ist festzuhalten, daß dieser Kurs tatsächlich als Vorbereitung für den Wiedereinstieg der Kursteilnehmerinnen ins Wirtschaftsleben verstanden wird. Noch dazu, wo ein Großteil der Kursteilnehmerinnen über mehrjährige Praxis verfügt, und die Wirtschaft ohnehin über zuwenig Fachkräfte in diesem Bereich verfügen kann.

Nun soll dieses, als Halbtageskurs geführte Projekt, aber nach dem ersten Teil - aus finanziellen Gründen - beendet werden, wohingegen Ganztageskurse nach wie vor finanziert werden.

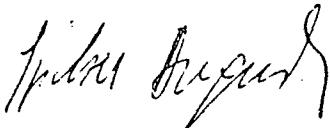
Für Frauen mit Kinderbetreuungspflichten, welchen aus ihrer familiären Situation heraus die Form des Halbtageskurses eher zumutbar ist, soll es dagegen fast keine finanzielle Unterstützung mehr geben. Dem ist hinzuzufügen, daß von den Frauen verlangt wird, über den Zeitraum des Unterrichts hinaus, für gute Leistungen, und somit für einen entsprechenden Kurserfolg zu sorgen. Letztlich wird also die Unterrichtszeit eines Ganztageskurses auf Grund der Selbststudien jedenfalls erreicht.

Nach Auskunft des Arbeitsamtes Gmunden wird die finanzielle Unterstützung der arbeitssuchenden Frauen auf ÖS 1.710,-- pro Monat gekürzt, die arbeitslosen Frauen erlangen durch den Kursbesuch keinen neuerlichen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Weiter soll die Situation dahingehend verschlechtert werden, als die Frauen für die Dauer des Kursbesuches keine Pensionsversicherungsmonate angerechnet erhalten. Was dies für im Durchschnitt 40-jährige Frauen bedeutet, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.

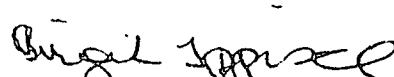
Für einen Teil der Kursteilnehmerinnen brächte dies den Abbruch des Kurses mit sich, womit die Tatsache, daß Frauen, insbesondere solche mittleren Alters, die Chance auf einen Berufseinstieg mit einer qualifizierten Ausbildung verbaut wird. Damit würden einmal mehr Frauen Opfer einer Beschäftigungspolitik, welche grundsätzlich die weiblichen Arbeitnehmer in einkommensschwache Bereiche abdrängt. Anfragen seitens der Kursteilnehmerinnen an die zuständigen politischen und behördlichen Entscheidungsträger blieben bisher leider unbeantwortet.

Daher fordern die Unterzeichneten die unverzügliche Entscheidung darüber, daß dieser Kurs im Sinne der betroffenen Frauen und im Sinne der Wirtschaft zu den bisherigen Bedingungen plangemäß im September 1991 fortgesetzt wird.

Hochachtungsvoll



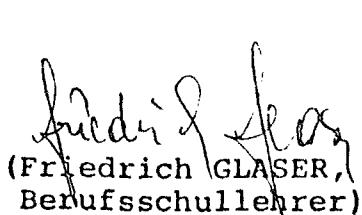
(Augustina SPITZER,
Kursleiterin)



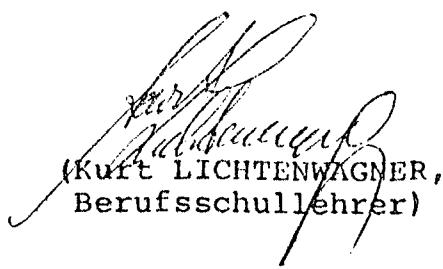
(Birgit IPPISCH,
Steno- und Phono-
typielehrerin)



(Gerlinde SCHINHAN,
Informatik)



(Friedrich GLASER,
Berufsschullehrer)



(Kurt LICHTENWAGNER,
Berufsschullehrer)



(Reinhard SPITZER,
Berufsschullehrer)

5 Beilagen

1 Schreiben an
SP- Zentralsekretär
Peter Marizzi
1 an Bundesminister
Josef Hesoun
1 an Bundesministerin
Johanna Dohnal
1 an Frauenbeauftragte des
Landes OÖ Brigitte Lohnecker
1 an die Frauenbeauftragte des
Landesarbeitsamtes OÖ, Frau
Dürrer-Roitner

Dieses Schreiben ergeht an:

BM f. Arbeit und Soziales (Abt.
f. grundsätzliche Angelegenheiten
der Frauen)
LH Dr. Josef Ratzenböck
LH-Stv. Dr. Karl Grünner
Landesarbeitsamt f. Oberösterreich
BM f. Frauenangelegenheiten
Büro f. Frauenfragen beim Amt der
OÖ-Landesregierung
LAbg. Mag. Brigitte Prammer
Institut f. Arbeitsmarktbetreuung
OÖ/Salzkammergut (Hr. Pree)
Zentrale Frauenabteilung im ÖGB
Frauenreferat der FPÖ
Frauenreferat der Grünen Alternative
Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky
Bundesfrauensekretariat der SPÖ
Österreichische Frauenbewegung in
der ÖVP